



<https://blz.li/3u4p>

AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN: SPD FORDERT BAUPROGRAMM FÜR NIEDERSACHSEN

Veröffentlicht am 26.02.2015 um 16:09 von Redaktion LeineBlitz

Die SPD-Landtagsfraktion fordert zum Flüchtlingsgipfel mit Innenminister Boris Pistorius am Freitag ein Bauprogramm des Landes für Sozialwohnungen: "Wir brauchen in Laatzen und Pattensen dringend Wohnraum. Wenn wir von einer Willkommenskultur reden, dann müssen wir auch entsprechend handeln. Flüchtlinge in Wohnheimen oder gar Containern unterzubringen, wird ihnen nicht gerecht", erklärt dazu Dr. Silke Lesemann, die für Laatzen, Pattensen und Sehnde zuständige SPD-Landtagsabgeordnete.. Laatzen und Pattensen stünden vor der Herausforderung, Flüchtlinge menschengerecht unterzubringen. Gerade ist die Zahl der Zuweisungen noch mal gestiegen. Für einige



niedersächsische Kommunen sei die Unterbringung bereits heute nur durch die Bereitstellung von Wohncontainern oder durch Anmietung von Hotels oder Belegung von Turnhallen möglich. "Wohncontainer sind aber keine Lösung - und teuer sind sie auch noch: Die Unterbringung kostet rund 540 Euro pro Person", rechnet Lesemann aus. "Wir brauchen ein nachhaltiges Programm. Deshalb fordern wir, sozialen Wohnraum zu bauen, den Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen aber auch anderweitig nutzen können." Die Finanzierung kann nach Überzeugung der SPD-Fraktion einfach organisiert werden: Ähnlich wie bei der Studentenwohnraumförderung könne das Innenministerium einen zusätzlichen Beitrag zur Förderung von Wohnungen für Flüchtlinge im revolvingierenden Wohnraumförderfonds des Landes Niedersachsen bereitstellen. Mit diesem Betrag könne dann eine Darlehensförderung zur Schaffung von Wohnraum für Asylsuchende konzipiert werden, der den Kommunen auch nachhaltig als sozialer Wohnraum zur Verfügung steht. Der Vorschlag sei also für alle Beteiligten ein Gewinn. Für die Flüchtlinge, die in Wohnungen lebenswert und integrationsgerecht untergebracht würden; für die Kommunen, die bei der Unterbringung in vom Land geförderten sozialen Wohnungen langfristig Geld sparen; und auch für die Städte und Gemeinden, die nachhaltig neuen sozialen Wohnraum zur Verfügung haben und damit angespannte Wohnungsmärkte entlasten können. Zudem könne man mit dieser Maßnahme auch den Mietwucher bei Notunterkünften eindämmen, der ein Problem für die betroffenen Kommunen sei.